

Rheingauer Bürgerfreund



Der „Rheingauer Bürgerfreund“ erscheint wöchentlich drei mal: Dienstags, Donnerstags und Samstags, an letzterem Tage mit dem Unterhaltungsblatt „Blaue Blätter“.

Anzeiger für den Rheingau

Bezugspreis monatlich 1.20 Mk. einschließlich Trägerlohn. Anzeigen: die einseitige Zeile 30 Pfennig, die Reklamezeile 1.— Mk. Verlagsgebühren nach Vereinbarung.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises

Größte Abonnentenzahl aller Rheingauer Blätter

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville

Druck und Verlag von Adam Effenne in Oestrich

Telefonnummer No. 88.

Größte Abonnentenzahl aller Rheingauer Blätter

No. 18

Donnerstag, den 12. Februar 1920

71. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Anordnung

über die Zusammenfassung, Gewichte und Preise der Backwaren.

Auf Grund der §§ 58 ff. der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 wird unter Aufhebung der Anordnung des Kreisamtschusses vom 7. Januar 1920 zur Regelung des Verbrauchs von Mehl und Brot folgendes bestimmt:

§ 1

Jeder nicht zu den Selbstversorgern zählende Einwohner hat Anspruch auf eine Wochenmenge von 1770 Gramm Brotgetreidemehl.

§ 2

Für die Zusammenfassung der Backwaren werden folgende Einheitsgewichte vorgeschrieben:

Bestandteil	Backgewicht Gramm	Teiggewicht Gramm
a) Roggenbrot: Reines 82 bzw. 90%iges Roggenmehl mit Zusatz von 10 bis 20% Weizenmehl je nach Lieferungsstelle	1900	2900
b) Zwieback: 75—85%iges Weizenmehl je nach Lieferung	100 Gramm-Pakete	

Zwieback darf nur zu Ernährung der Kleinkinder nach den bestehenden Vorschriften und an Kranke nach Bestimmung der ärztlichen Prüfungsstelle verabsolgt werden.

Die Wochenkopfmenge der Backwaren beträgt:

Roggenbrot	1900 Gramm
Zwieback	1500 „

Weizenbrot und Graubrot werden nicht mehr hergestellt.

§ 3

Die Höchstpreise der Backwaren und des Mehles werden wie folgt festgesetzt:

Roggenbrot	1900 Gramm	Mk. 2.40
Zwieback	100 Gramm	Mk. 0.47
Brotmehl	500 Gramm	Mk. 0.75

§ 4

Schwangere erhalten als Zusatz eine Wochenkopfmenge von 600 Gramm Brot.

§ 5

Die im § 2 über die Zusammenfassung und Gewichte für Brot enthaltenen Bestimmungen finden auch für die Herstellung von Brot für Selbstversorger Anwendung. Der Brotbackpreis für Selbstversorger beträgt Mk. 0.80 für ein 1900 Gramm Brot.

§ 6

Mehl anstatt Brot darf nur in der für die Brotherstellung vorgeschriebenen Mischung abgegeben werden. Die Gemeindebehörden sind befugt, die Abgabe von Mehl anstatt Brot zu verbieten.

§ 7

Zu widerhandlungen gegen die obigen Anordnungen werden gemäß § 80 Absatz 12 der Reichsgetreideordnung mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 50000 Mk. bestraft. Der Versuch ist strafbar. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Erzeugnisse erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, soweit sie nicht verfallen erklärt sind. Ist eine strafbare Handlung gewerbs- oder gewohnheitsmäßig begangen, so kann die Strafe auf Gefängnis bis zu 5 Jahren und Geldstrafe bis zu 100000 Mark erhöht werden. Neben Gefängnis kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt und außerdem die Schließung des Geschäfts angeordnet werden.

§ 8

Diese Anordnung tritt am 16. Februar 1920 in Kraft.

Rüdesheim a. Rh., den 11. Februar 1920.

Der Kreisamtschuss des Rheingaukreises.
Sonderabdrücke folgen.

Errichtung einer Kohlewirtschaftsstelle in Mainz

Als Zweigstelle der Kohlewirtschaftsstelle Frankfurt a. M. ist die Kohlewirtschaftsstelle Mainz, Walpodenstraße 4 errichtet worden. Letztere Stelle bearbeitet die Kohlenangelegenheiten der besetzten rheinischen und preussischen Gebiete des ehemaligen XVIII. Armeekorps.

Kohlewirtschaftsamt des Rheingaukreises.

Deutschland und Russland.

Als der bolschewistische Propagandachef A. I. Nadeef in Moskau in Haft lag, hat er für das deutsche Publikum eine Art Denkschrift ausgearbeitet über die künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Während seiner Verhaftung und auch nach seiner Entlassung war ihm bis zum Zeitpunkt seiner Abreise aus Deutschland jede Veröffentlichung untersagt. Er ist jetzt erschienen seine Ausarbeitung in Harbors „Zukunft“. Da die Regelung der deutsch-russischen Beziehungen doch einmal — besonders da England selber die Handelsbeziehungen zu Russland wieder aufnimmt — zur Diskussion gestellt werden muß, verdient es sich, sich mit Nadeefs Ausführungen zu beschäftigen.

Nadeef versucht zunächst, zu beweisen, daß die bolschewistische Regierung nicht mehr unterdrückt werden konnte. Für seine Behauptung spricht das endgültige Scheitern aller gegenrevolutionären Aktionen in Russland. Nadeef meint, daß man also unbedingt mit Russland in seiner heutigen Staatsform sich abfinden müsse. Er hält Deutschland für den gegebenen Faktor zur Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland. Was Deutschland an Rohstoffen braucht, wird es, nach seiner Meinung, — und es ist kaum zu zweifeln, daß er darin recht hat — von der Entente niemals in genügendem Umfang allein bekommen. Aber auch Russland wird nicht von der Entente bekommen, was es unbedingt braucht: Weder Ingenieure, Chemiker, noch Agronomen. Was die Entente Länder davon haben, wird von ihren eigenen Kolonien aufgebracht. Deutschland hat aber solche Kräfte im Überfluß. Deshalb wäre das Vernünftige, nunmehr den Austausch von deutschen Technikern und russischen Rohstoffen und Lebensmitteln einzuleiten.

Mit billiger bolschewistischer Ironie sagt Nadeef: „Wenn Deutschlands Kapitalisten immer noch der Meinung sind, die ihre Regierung zum Leitern ihrer „Politik“ macht, daß sie den großen Wisonorden und Zahresrenten von der Entente bekommen werden, wenn sie warten wollen, bis ein Kolossal steigt, dann ist ihnen nicht zu helfen: dann werden die deutschen Wirtschaftskräfte durch die Bolschewiken nach Russland geschmuggelt und die russischen Waren werden über Neutralität oder über das Dollarland nach Deutschland kommen, aber nicht auf dem Wege des direkten Verkehrs, auf Grund des Verhältnisses von Staat zu Staat, sondern durch das Sieb der „schmutzigen gewordenen Welt“ und durch die Vermittlung des „zweifelhaften Handels“, der die Bolschewiken nicht fürchtet und sich dafür bezahlen läßt.“

Den deutschen Technikern, die nach Russland kommen, soll nach Nadeef im Rahmen der russischen Armee ein menschliches Dasein gesichert sein: nicht das Dasein eines Herrenmenschen, der nach der Kolonie kommt, um die Bolschewiken an deutschem Wissen genesen zu lassen, aber eines von Pionieren der Zusammenarbeit der Menschheit. Wir haben durch die Verantwortung der Offiziersfrage in der Roten Armee gezeigt, daß wir ehrliche Arbeit auch früherer Gegner zu würdigen wissen, und wir werden es deutschen geistigen Arbeitern umso mehr beweisen können.“ Nadeef geht auf die Verlegenheit vieler deutscher Kreise ein, daß die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Russland die Fortsetzung der bolschewistischen Propaganda in Deutschland begünstigen werde. Nadeef leugnet die frühere bolschewistische Propaganda in Deutschland nicht. Aber er führt aus — die Glaubwürdigkeit seiner Behauptung bleibt zu untersuchen —, daß in Zukunft bolschewistische Propaganda nur noch gegen Staaten getrieben werden soll, die Sowjet-Russland mit den Waffen und dem Boykott bekämpfen. Für ein künftiges deutsch-russisches Abkommen will er sich dafür verbürgen, daß Russland kein deutsches Bündnis zum Kampf gegen die Entente suche. Deutschland und Russland sollen gegenseitig auf die Einmischung in die inneren Verhältnisse Verzicht leisten. Auf dieser Grundlage macht er folgende Vorschläge:

1. Die diplomatischen Beziehungen beider Länder sind aufzunehmen.

2. Beide Länder senden zunächst wirtschaftliche Sachverständige, die an die Organisation des Warenaustausches, der Transportmittel und aller den Warenaustausch fördernden Arbeit gehen.

3. Sollte die deutsche Regierung sich zu so Selbstverständlichem nicht aufraffen, dann gehen an die Vortragen und Vorbereitungen des Warenaustausches wirtschaftliche deutsche Organisationen, die sich durch erste deutsche Vertreter mit der russischen Regierung in Verbindung setzen. Ein paar Monate später wird ihnen die deutsche Regierung nachhaken. Deutsche Techniker, Ingenieure und Chemikerverbände bilden für ihre nach Russland überhebenden Mitglieder Beratungsstellen, die deren Interessen dem russischen Staat gegenüber zu vertreten haben. Sie organisieren auch einen öffentlichen Nachrichtenendienst über Russland für Deutschland.

Sowjet Herr Nadeef. Neben sein Programm wird gewiß noch im einzelnen zu sprechen sein. Sicher ist, daß die Riesenpläne im Osten nicht länger für den Wiederaufbau Europas brach liegen können. Sicher ist, daß eine schöpferische deutsche auswärtige Politik einen Weg suchen muß, um zu einem Versteißer auf Russland zu kommen. Bisher hat sich die deutsche auswärtige Politik von Russland ängstlich ferngehalten, um die Entente nicht zu verstimmen. Nur hat das bisher nicht im geringsten

die Bereitschaft der Entente, mit uns wieder zusammenzuarbeiten, stärken können. Ein Weg aber, der zu keinem Ziele führt, ist unbedingt der falsche.

Unsere bisherigen Leistungen.

37 Milliarden Goldmark.

In einem dem Berliner Vertreter des „Chicago Tribune“ gewährten Interview verwarf sich Reichsminister Hermann Müller mit großer Entschiedenheit gegen die in der Entente-Presse immer wieder aufgestellte Behauptung, daß Deutschland den Friedensvertrag nicht erfüllen wolle und bis her so gut wie nichts leistete. Der Minister bezeichnete diese Behauptung als protest und unrichtig. Er versicherte, daß man sich nicht genügend klar darüber sei, welche ungeheuren Verpflichtungen aus dem Waffenstillstand und Friedensvertrag Deutschland bereits erfüllte. Er bemerkte, daß Frankreichs Bezahlung seiner vier Milliarden beizugenden Kriegsschuld nach dem Kriege 1870—71 in weniger als drei Jahren die Verwundung der Welt erregte und verglich damit Deutschlands bisherige Leistungen, wobei er darauf hinwies, daß es für die richtige Bewertung derselben natürlich nicht darauf ankomme, was davon nach dem Friedensvertrage auf die erste bis zum 1. Mai 1921 zu deckende 20 Milliarden-Rate als Wiedergutmachungen anzurechnen sei, sondern darauf, um wieviel das deutsche Volkvermögen sich durch die Leistungen verringerte. Nach Schätzungen der deutschen Zentralbehörden, fuhr der Minister fort, bei denen der Wert in dem Zeitpunkt der Leistung auf Goldmark geschätzt worden ist, sind bisher folgende Leistungen bewirkt worden:

1. Die Saar-Gruben mit 1000 Millionen Goldmark; die Liquidation deutscher Unternehmungen im Ausland auf 12 000 Millionen Goldmark; 3. das Reichs- und Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten 6600 Millionen Goldmark; 4. die Handelsflotte 8259 Millionen Goldmark; 5. die Naturalleistungen: a) an Kohle 240 Millionen Goldmark; b) an Maschinen 150 Millionen Goldmark; c) an Eisenbahnmaterial 750 Millionen Goldmark; d) an Kabel 66 Millionen Goldmark; 6. das zurückgelassene Staats- und Heeresvermögen, soweit es nicht unmittelbaren Kampfscharakter trägt, 7000 Millionen Goldmark; 7. die bisherigen Kosten für das Besatzungsheer 666 Millionen Goldmark. Die Summe dieser Leistungen beträgt insgesamt 36 722 Millionen Goldmark.

Hinzu kommen die bereits begonnenen, aber noch nicht abgeschlossenen Lieferungen im Werte von 390, von Rohstoffen im Werte von 200 Millionen Goldmark, sowie unsere Forderungen gegen Österreich, Ungarn, Bulgarien und die Türkei im Betrage von 7000 Millionen Goldmark. Dabei ist ausdrücklich hervorzuheben, daß diese Beträge die zukünftigen Werte und Barges, namentlich die belgischen Depots, Effekten usw. im Betrage von 4800 Millionen Goldmark nicht einschließen.

Der Minister betonte, daß die vorstehenden Zahlen mit großer Vorsicht aufgestellt seien und beispielsweise den Verlust Deutschlands durch Liquidationen nur mit 12 Milliarden erscheinen ließen, während er von anderer Seite mit Rücksicht auf die Wertsteigerung auf 30 Milliarden geschätzt wurde. Er schloß: „Wer die Zahlen unbefangen prüft, kann unmöglich leugnen, daß Deutschland schon bis jetzt an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit bestritten ist, den durch den Krieg entstandenen Schaden wieder gut zu machen. Wir sind auch weiter bereit, nach Kräften zu leisten; aber Voraussetzung dafür ist die Aufrechterhaltung und Stärkung der eigenen Volkswirtschaft. Eine zerrüttete Volkswirtschaft kann nicht die Lasten der Wiedergutmachung erfüllen. Die deutsche Volkswirtschaft braucht dringend Kredite und Rohstoffe.“

Die Auslieferungsfrage.

Ein Anerbieten des Kronprinzen.

Der Adjutant des vormaligen deutschen Kronprinzen richtete ein Schreiben an das in Amsterdam erscheinende „Allgemeine Handelsblatt“, in dem er das holländische Blatt ersucht, den Text des Telegramms zu veröffentlichen, das der vormalige Kronprinz am 9. Februar an die Könige von England, Belgien und Italien, an den Präsidenten von Frankreich und der Vereinigten Staaten und an den Kaiser von Japan gerichtet hat. Der Kronprinz erklärt darin, die Forderung nach der Auslieferung deutscher Männer aus allen Verurteilten habe sein durch vier Jahre Krieg und durch ein Jahr der schmerzlichen inneren Kämpfe tiefergelegtes Vaterland einer Krisis gegenübergestellt, wie sie bisher in der Geschichte und im Leben eines Volkes noch nicht dagewesen sei. Es sei ausgeschlossen, daß in Deutschland überhaupt eine Regierung zu finden sei, die die geforderte Auslieferung durchzuführen werde. Für Europa seien die Folgen einer gewaltsam erzwungenen Auslieferung unabsehbar. Haß und Rache würden dadurch verewigt. Als ehemaliger Kronprinz seines geliebten Vaterlandes wolle er in dieser verhängnisvollen Stunde für seine Landsleute einspringen. Wenn die alliierten und assoziierten Regierungen Schlachtopfer nötig hätten, sollten sie ihn an Stelle der 900 Deutschen nehmen, die kaum ein anderes Verbrechen begangen hätten, als ihrem Vaterlande im Kriege gedient zu haben.

